

ZG1 In Zukunft gerecht – Für ein starkes Miteinander in Bayern

Gremium: Landesvorstand und Landesausschuss
Beschlussdatum: 24.06.2021

1 Die Corona-Krise macht die Bruchstellen in unserer Gesellschaft sichtbar. Wir
2 brauchen ein gerechteres Miteinander und soziale Sicherheit für alle. Wir
3 bayerische GRÜNE stärken den Menschen in Bayern den Rücken. Deshalb investieren
4 wir in den sozialen Zusammenhalt – in der Corona-Krise und darüber hinaus.

5 **Gerechtigkeit neu denken**

6 Wir GRÜNE wollen Bayerns Natur erhalten, denn sie ist unser aller
7 Lebensgrundlage. Und wir wollen ein Bayern, in dem für alle gut gesorgt ist und
8 niemand zurückgelassen wird. Wirksamer Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit
9 gehören für uns untrennbar zusammen. Nur wenn CO2 einen realistischen Preis
10 bekommt und Geringverdienende entlastet werden, können wir die soziale
11 Schieflage beenden. Denn ein stabiles Klima ist die Voraussetzung für
12 gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen. Gleichzeitig bedeutet
13 Gerechtigkeit für uns die finanzielle Absicherung der Menschen. **Wir stehen für**
14 **sozial gerechten Klimaschutz und wollen die Einnahmen aus dem CO2-Preis an die**
15 **Bürger*innen zurückgeben: Als ein Energiegeld, das alle erhalten.** Wir wollen den
16 Strompreis senken und reduzieren die EEG-Umlage. Geringverdienende und Familien
17 werden damit besonders entlastet. Das Energiegeld soll nicht auf die
18 Grundsicherung angerechnet werden: So entlasten wir auch jene, die
19 Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe erhalten.

20 Gerechtigkeit heißt, dass alle Menschen ein Leben lang in sozialer Sicherheit
21 leben können. Wir brauchen ein Netz, das trägt:
22 Wir führen die **Kindergrundsicherung** ein, die Familien das Leben leichter macht
23 und allen Kindern das garantiert, was sie zum Leben brauchen – ohne komplizierte
24 Antragsverfahren. Mehrbedarfe und Einmalbedarfe, wie Kosten einer Klassenfahrt,
25 sollen direkt ausgezahlt werden können. Hartz IV entwickeln wir zu einer
26 **Garantiesicherung** ohne Sanktionen weiter. Wir brauchen ein Sicherungssystem, das
27 armutsfest ist und Teilhabe sichert. So stärken wir Menschen in Zeiten des
28 Wandels und schaffen Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben. Dazu ist der
29 Regelsatz endlich sachgerecht zu ermitteln, denn zu einem würdevollen Leben sind
30 auch Malstifte für Kinder wichtig. Die Vermögensprüfung ersetzen wir durch eine
31 rechtsverbindliche Selbstauskunft und verbessern Hinzuverdienstmöglichkeiten.
32 Staatliche Leistungen sollen für jede Person individuell und ohne Stigma

33 vergeben werden. Unser Ziel ist daher das Konzept der Bedarfsgemeinschaft zu
34 überwinden. In einem ersten Schritt darf bei nicht-verheirateten Paaren das
35 Einkommen der Partnerin oder des Partners keine Rolle für die Höhe der eigenen
36 Geldleistungen spielen. Es braucht eine nachhaltige Strukturreform bei der
37 Altersvorsorge, die Altersarmut konsequent verhindert. Dafür bauen wir die
38 Rentenversicherung zur Bürgerversicherung um und erkennen mit der grünen
39 **Garantierende** Lebensleistungen besser an. Auch die jüngeren Generationen
40 brauchen eine Altersversorgung, auf die Verlass ist. Wir setzen uns auch für
41 einen neuen und gerechten Generationenvertrag ein. Gleichberechtigte
42 Lebensentwürfe dürfen nicht länger benachteiligt werden. Das muss sich auch im
43 Steuerrecht ausdrücken. Dafür soll das Faktorverfahren, das die Vorteile des
44 Ehegattensplittings auf beide Arbeitslöhne verteilt, zur Regel und die
45 Steuerklasse V für Zuverdiener*innen abgeschafft werden. Paare, die bereits
46 verheiratet sind, sollen sich entscheiden können, ob sie sich einzeln veranlagten
47 oder das Ehegattensplitting weiterhin nutzen wollen. Für neue Ehen wollen wir
48 eine **Individualbesteuerung**, um mit einem eigenständigen, ausreichenden
49 Rentenanspruch die – überwiegend weibliche - Altersarmut merklich zu reduzieren.

50 **Gute Bildung**

51 Bildungs-, Weiterbildungs- und Kulturangebote sind gleichermaßen Teilhabe,
52 soziale Absicherung, Integration von Benachteiligten und Sicherung unserer
53 Demokratie. Die dafür nötige Infrastruktur zu stärken und auszubauen ist für uns
54 eine Überlebensaufgabe.

55 Wir GRÜNE wollen eine Schule, die den Kindern Mut macht statt Druck. Wir wollen
56 jedem einzelnen Kind gerecht werden und es nach seinen individuellen Talenten
57 fördern. Jugendliche sollen sich zu starken Persönlichkeiten mit guter
58 Urteilsfähigkeit entwickeln, damit sie offline wie online Verantwortung für
59 sich, für die Gesellschaft und unsere Umwelt übernehmen können. Daher: Wir
60 **investieren in unsere Schulen** – für mehr Lehrkräfte, für kleinere Klassen, für
61 Schulsozialarbeit an allen Schulen, mehr Schulpsycholog*innen, endlich eine
62 zeitgemäße digitale Ausstattung, echte Kooperation zwischen Schule und
63 Jugendhilfe und für moderne Schulgebäude. Nur damit können wir zeitgemäße
64 Lernkonzepte umsetzen. In den Lehrplänen stärken wir politische Bildung und
65 Medienkompetenz. Schulbücher müssen endlich die gesellschaftliche Vielfalt
66 widerspiegeln. Schüler*innen sollen ihren Unterricht und ihre Schule stärker
67 mitbestimmen und -gestalten können. Der Rechtsanspruch auf Ganzttag in der
68 Grundschule muss mit einem hochwertigen Angebot zügig umgesetzt werden. Unser
69 Ziel ist der flächendeckende Ausbau echter, gebundener Ganzttagsschulen, bei
70 denen sich Lern- und Erholungsphasen über den Tag verteilen. Kleine Schulen auf
71 dem Land wollen wir erhalten. Deshalb sollen Kommunen die Möglichkeit bekommen,
72 vor Ort in Absprache mit der Schulfamilie Gemeinschaftsschulen einzurichten, an
73 denen die Kinder länger gemeinsam lernen. Die Lehrkräfteausbildung wollen wir
74 durch mehr Flexibilität und frühere Praxiserfahrungen verbessern, um die Zahl
75 der Studienabbrecher*innen zu verringern.

76 Wir GRÜNE sehen die berufliche **duale Ausbildung als wichtigen Erfolgsfaktor** im
77 deutschen Bildungswesen an. Wir wollen die berufliche Orientierung und Beratung
78 bei der Wahl eines Ausbildungsberufes in allen Schularten ausbauen. Dabei wollen
79 wir ganz selbstverständlich auch Mädchen über technische Berufe und Jungen über
80 soziale Berufe informieren. Die Ungleichheiten zwischen vermeintlichen Frauen-
81 und Männerberufen wollen wir abschaffen. Damit mehr Jugendliche ihre Ausbildung
82 erfolgreich abschließen, wollen wir für sie und ihre Betriebe bessere
83 Unterstützungsangebote schaffen und Berufseinstiegsbegleitung sowie
84 Mentoringprogramme stärken. Wir setzen uns ein für eine Stärkung und bessere
85 gesellschaftliche Anerkennung der dualen Ausbildung.

86 Der Weiterbildungsbedarf in unserer Gesellschaft wird immer größer. „Ausgelernt“
87 gibt es nicht mehr. Auch für die Erwachsenen gilt: Alle haben ein Recht auf
88 Bildung. Wir treten daher für einen **individuellen Rechtsanspruch auf**
89 **Weiterbildung** ein. Die Erwachsenenbildung muss massiv gestärkt und insbesondere
90 die soziale Teilhabe beachtet werden. Deshalb wollen wir auf Landesebene die
91 Bildungschancen von Erwachsenen durch ein Bildungsfreistellungsgesetz
92 verbessern. Wir fordern ein Recht auf **Bildungsurlaub** und eine wesentlich bessere
93 Förderung der Angebote der Erwachsenenbildung. Hürden bei Bildungsübergängen,
94 wie zwischen Kita, Schule, Hochschule oder Beruf, bauen wir ab. Für
95 arbeitsmarktbedingte Weiterbildungen schaffen wir ein auskömmliches
96 Weiterbildungsgeld sowie ein Weiterbildungs-BAföG für diejenigen, die sich
97 beruflich weiterentwickeln oder umorientieren wollen. Viele Menschen möchten
98 aber auch ihre aktuelle Arbeitsstelle behalten und sich gleichzeitig
99 weiterqualifizieren. Damit sie das können, führen wir einen
100 Freistellungsanspruch ein sowie ein Rückkehrrecht auf den vorherigen
101 Stundenumfang. Gebündelte Beratung und Unterstützung sollen Menschen mit
102 Weiterbildungswunsch künftig in regionalen Bildungsagenturen erhalten, sowie
103 über eine zentrale, öffentlich-finanzierte Online-Plattform.

104 **Familien- und Berufsleben im Einklang**

105 Um Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen, braucht es bessere staatliche
106 Rahmenbedingungen. Insbesondere junge Familien und Alleinerziehende müssen
107 derzeit mit mehr Bällen jonglieren, als sie Hände dafür haben. Wir müssen
108 aktuelle Unterstützungsmaßnahmen ausweiten und flexibler machen, damit Mütter
109 und Väter mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen können. Frauen übernehmen immer
110 noch den Großteil der Kindererziehung und verzichten dabei zu ihrem Nachteil auf
111 eigenes Einkommen und Rentenansprüche. Daher wollen wir **flexiblere Arbeitszeiten**
112 **und neue, modernere Arbeitszeitmodelle**. Nur so werden wir die Vereinbarkeit von
113 Beruf und Familie verbessern. Neben einer neuen Arbeitszeitkultur und mehr
114 Zeitsouveränität wollen wir mit der grünen **KinderZeit Plus** Eltern gezielt und
115 flexibel unterstützen. Das bestehende Elterngeld, das Eltern im ersten
116 Lebensjahr ihres Kindes unterstützt, wollen wir weiterentwickeln. Jedes
117 Elternteil soll in Zukunft acht Monate Unterstützung erhalten – weitere acht
118 Monate sollen die Eltern frei untereinander aufteilen können. Alleinerziehenden

119 stehen die 24 Monate selbstverständlich auch zur Verfügung. Die Vereinbarkeit
120 von Pflege und Beruf verbessern wir mit einer neuen Lohnersatzleistung:
121 **PflegeZeit Plus**. Sie ermöglicht eine bis zu dreimonatige Freistellung vom Job
122 für Menschen, die Verantwortung für pflegebedürftige Menschen in der Familie
123 oder im nahen sozialen Umfeld übernehmen. Darüber hinaus federt sie
124 Arbeitszeitreduzierungen für die Dauer bis zu drei Jahren ab.

125 Ein zentrales Anliegen ist uns der **Ausbau der Kitas und Kindergärten** in Bayern
126 und der Fokus auf die Qualität. Mit einem Förderprogramm wollen wir ein
127 flächendeckendes Angebot mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten schaffen. Auch wer
128 im Schichtdienst arbeitet, soll sein Kind gut betreut wissen. Kinder mit
129 besonderem Förderbedarf sollen selbstverständlich die Möglichkeit haben, in der
130 Krippe oder Kita ihrer Wahl aufgenommen zu werden – nicht das Kind muss zur Kita
131 passen, sondern die Kita zum Kind. Die Arbeitsbedingungen und Bezahlung der
132 Erzieher*innen wollen wir verbessern. Und wir starten eine Ausbildungsoffensive,
133 damit sich künftige Erzieher*innen noch besser auf ihren Beruf vorbereiten
134 können. Die vergütete Ausbildung machen wir zur Regel.

135 Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Unternehmen mehr Rücksicht auf Mütter und
136 Väter nehmen. Wir schaffen verbindliche Kriterien für die **Zertifizierung von**
137 **familienfreundlichen Unternehmen** über den „Familienpakt Bayern“ hinaus. Mit
138 dieser neuen Vergleichbarkeit schaffen wir Anreize, dass mehr Betriebe
139 teilnehmen und haben zum Ziel, dass alle bayerischen Unternehmen bis 2035
140 tatsächlich familienfreundlich sind.

141 **Gutes Wohnen**

142 Bezahlbares Wohnen ist ein grundlegender Bestandteil für den sozialen
143 Zusammenhalt. Die Wohnungsfrage ist eine der drängendsten Gerechtigkeitsfragen
144 unserer Zeit. Jeder Mensch hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung – der Staat
145 kommt hier seiner verfassungsmäßigen Verpflichtung aber nicht genug nach. Gerade
146 weil das Dach über dem Kopf ein knappes und wertvolles Gut ist, dürfen wir es
147 nicht allein den Kräften des Marktes überlassen. Die Politik muss regelnd
148 eingreifen. Wir wollen den **sozialen Wohnungsbau stärken** und jährlich 10.000
149 öffentlich geförderte Mietwohnungen schaffen. Damit diese langfristig erhalten
150 bleiben, wollen wir die Bindungsfrist verbindlich auf 40 Jahre verlängern.
151 Außerdem wollen wir es Kommunen ermöglichen, bestehende Wohnungen als
152 Sozialwohnungen zu nutzen durch den Erwerb von Belegungsrechten im
153 Wohnungsbestand. Wir unterstützen gemeinschaftliche, experimentelle und
154 genossenschaftliche Wohnformen. Auch die Umgebung einer Wohnung – das Quartier –
155 trägt dazu bei, dass Menschen sich wohlfühlen, dass sie gut und gesund leben
156 können. Wir fördern deswegen nicht nur Sozialwohnungen, sondern auch
157 Bewohner*innentreffs, Quartiersplätze und Gemeinschaftsgärten im Quartier. Damit
158 auch ältere Menschen selbstbestimmt leben können, braucht es mehr
159 altersgerechten und barrierefreien Wohnraum. Wir wollen Wohnungen und Quartiere
160

161 so gestalten, dass alle Menschen möglichst selbständig und unabhängig leben
162 können. Die stärksten Kostentreiber beim Wohnen sind Grundstücks- und
163 Baulandpreise. Spekulationen mit Grund und Boden wollen wir eindämmen und
164 Wohnungspolitik stärker am Gemeinwohl ausrichten. Wir unterstützen die kommunale
165 Bodenbevorratung und die Einrichtung von Bodenfonds und ermöglichen es den
166 Kommunen, im Bebauungsplan einen Mindestanteil von Sozialwohnungen vorzusehen.
167 Mietwucher und Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt unterbinden wir und
168 verbessern so die prekäre Wohnsituation bedürftiger Menschen. Wir werden uns für
169 ein **sozialeres Mietrecht** einsetzen, das die Interessen der Mieter*innen endlich
170 ebenso berücksichtigt wie die der Vermieter*innen. Wir wollen Mietobergrenzen im
171 Bestand ermöglichen, Mieterhöhungen begrenzen, die Mietpreisbremse entfristen
172 und schärfen. Wir nutzen die rechtlichen Möglichkeiten im Freistaat, um
173 Mieter*innen besser vor Verdrängung zu schützen. Um die Ausgrenzung auf dem
174 Wohnungsmarkt zu beenden, starten wir ein Aktionsprogramm das Wohnungs- und
Obdachlose bei der Wohnungssuche unterstützt.

175 Zu gutem Wohnen gehört aber auch der Klimaschutz: Wir investieren in eine
176 moderne, klimafreundliche Wärmeversorgung. Dabei muss es sozial gerecht zugehen.
177 Wir fordern einen **Aktionsplan Faire Wärme**. Mieter*innen schützen wir, indem wir
178 die Kosten für energetische Sanierung fair zwischen Staat, Eigentümer*innen und
179 Haushalten aufteilen. Eigentümer*innen von Ein- und Zweifamilienhäusern
180 unterstützen wir mit kostenloser Beratung und attraktiver Förderung.

181 **Gute Arbeit**

182 Die soziale Mindestabsicherung ist ein hohes Gut, die noch mehr Menschen
183 erreichen muss. Dazu gehört ein **armutsfester Mindestlohn**. Wenn Arbeit in
184 Vollzeit nicht ausreicht, um ein gutes und selbstbestimmtes Leben zu führen,
185 dann läuft etwas falsch. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können – nicht
186 nur überleben. Und das nicht nur während ihrer Berufstätigkeit, sondern auch
187 danach in der Rente. Und es reicht nicht, wenn der armutsfeste Mindestlohn auf
188 dem Papier besteht – er muss auch durchgesetzt werden und in den Geldbeuteln der
189 Beschäftigten landen. Wir setzen uns für mehr Kontrollen und mehr Personal dafür
190 ein. Mit einem **bayerischen Vergabegesetz** soll der Freistaat als Beispiel
191 vorangehen: Er muss in Zukunft darauf achten, dass bei allen öffentlichen
192 Aufträgen gleiche Bezahlung für alle Geschlechter, Tarifverträge, Mindestlohn
193 und ökologische Standards eingehalten werden.

194 Frauen verdienen immer noch weniger als Männer. Wir schließen den Gender-Pay
195 Gap und sichern **gleiche Bezahlung von Frauen und Männern**. Wir führen ein
196 effektives Entgeltgleichheitsgesetz ein, das auch für kleine Betriebe gilt und
197 die Unternehmen verpflichtet, von sich aus über die Lohnstruktur und über ihre
198 Maßnahmen für Entgeltgleichheit zu berichten. Wir werten die sozialen
199 Dienstleistungsberufe auf.

200 Für einem zukunftsfesten Arbeitsmarkt braucht es auch erfolgreiche
201 Berufsausbildungen. Eine Ausbildung ist für viele der erste Schritt in die
202 Berufswelt und damit in ein selbstbestimmtes Leben. Alle bayerischen
203 Jugendlichen, die möchten, sollen direkt nach der Schule eine Berufsausbildung
204 beginnen können. Deshalb setzen wir uns für eine **Ausbildungsgarantie** ein. Zu
205 viele Ausbildungsstellen bleiben unbesetzt und trotzdem gibt es noch immer
206 Jugendliche, die leer ausgehen. Wir wollen mit der Garantie ein effizientes und
207 zielführendes Beratungsangebot schaffen, das allen Jugendlichen Betriebe mit
208 offenen Lehrstellen oder, sollte dies nicht gelingen, auf Wunsch eine
209 betriebsnahe Ausbildung vermittelt. Auch junge Erwachsene in besonderen
210 Lebenslagen sollen erfolgreich ins Berufsleben starten können. Deshalb setzen
211 wir uns für den Ausbau von Teilzeitausbildungen ein. Damit wollen wir es
212 insbesondere Alleinerziehenden, junge Familien mit Kindern und pflegenden
213 Angehörigen ermöglichen, einen Beruf zu erlernen.

214 Manchen Menschen fällt es trotz guter Konjunkturlage schwer, auf dem
215 Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, nachdem sie ihren Job verloren haben. Sie wollen wir
216 mit einem Landesprogramm nach dem Vorbild Baden-Württembergs gezielt
217 unterstützen. Dafür errichten wir Beratungszentren für Arbeitssuchende und ein
218 Programm, um Langzeitarbeitslose besonders zu unterstützen und wieder auf die
219 Berufswelt vorzubereiten.

220 Wir wollen, dass **Tarifverträge und starke Mitbestimmung** für deutlich mehr
221 Beschäftigte und Betriebe gelten. Außerdem wollen wir es leichter machen,
222 Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für die gesamte
223 Branche gelten. Betriebsrät*innen wollen wir besser schützen. Wer einen
224 Betriebsrat gründen will braucht Kündigungsschutz. Wir bauen die
225 Mitbestimmungsrechte aus und modernisieren sie - für mehr Einfluss in der
226 Personalentwicklung, der Stärkung von Frauen und der Verbesserung der
227 Klimabilanz im Unternehmen. So können die Beschäftigten den zukunftsorientierten
228 Wandel der Arbeitswelt mitgestalten.

229 Zu einem modernen Arbeitsplatz gehört eine **gute Internetanbindung**. Gerade in
230 ländlichen Gebieten lassen die bisherigen Bestrebungen der Staats- und
231 Bundesregierung zu wünschen übrig. Ob Lehrer, Schreinerin oder
232 Maschinenbaubetrieb: Sie alle brauchen schnelles Internet und flächendeckenden
233 Mobilfunk, und zwar überall. Nur so bleibt der Standort Bayern wettbewerbsfähig
234 und auch in Zukunft attraktiv. Wir fordern ein Pilotprojekt: Alle Haushalte und
235 Betriebe in Pilotgemeinden sollen 500 Euro Unterstützung erhalten, wenn sie sich
236 ans Glasfasernetz anschließen lassen.

237 Für Pendler*innen ist ein guter öffentlicher Nahverkehr essenziell, daher setzen
238 wir uns für eine **Mobilitätsgarantie** ein: In allen Dörfern über 200
239 Einwohner*innen soll es mindestens jede Stunde eine Fahrmöglichkeit geben.
240 Außerdem wollen wir Pendler*innen mit niedrigen Einkommen unterstützen, die auf

241 das Auto angewiesen sind: Wir legen einen Fonds auf, der großzügige Zuschüsse
242 beim Umstieg auf ein emissionsfreies Auto auszahlt.

243 **Flächendeckend gute Gesundheitsversorgung und Pflege**

244 Wir wollen gute gesundheitliche Versorgung sicherstellen: für alle Menschen, in
245 jedem Alter, in Stadt und Land. Welche Angebote es vor Ort gibt, darf nicht nur
246 davon abhängen, was sich rentiert, sondern soll sich danach richten, was nötig
247 ist. Die Versorgung mit Haus- wie Fachärzt*innen muss bayernweit sichergestellt
248 sein. Deshalb schaffen wir eine **umfassende Versorgungsplanung**, die die enge
249 Zusammenarbeit zwischen ambulanter und stationärer Versorgung und zwischen
250 ärztlichen und nichtärztlichen Akteuren im Gesundheitswesen endlich möglich
251 macht und die Landkreise und Gemeinden in die Planung einbezieht. Ländliche
252 Regionen können hier Vorreiter werden. Die flächendeckende, verlässliche
253 Versorgung wollen wir durch die verantwortungsvolle Nutzung von Telemedizin
254 ergänzen. Krankenpflegekräfte, Hebammen, Geburtshelfer und weitere
255 nichtärztliche Berufe sollen mehr Kompetenzen erhalten. Für alle medizinischen
256 Berufsgruppen wollen wir die Ausbildung auf hohem Niveau und Praxiserfahrungen
257 in Ihren Heimatregionen ermöglichen. Die Bedarfsplanung für Haus- und
258 Fachärztinnen muss auch die Alterszusammensetzung der Bevölkerung in einer
259 Region und das Alter der Praxisinhaber*innen berücksichtigen, um absehbare
260 Unterversorgung im Voraus abzuwenden. Wir schaffen mehr Plätze für ambulante
261 Psychotherapien, indem mehr Psychotherapeut*innen eine Kassenzulassung erhalten.
262 Ob Kinderintensivbett oder Geburtsstation, wohnortnahe klinische Versorgung darf
263 nicht verloren gehen. Bayern braucht eine Krankenhausplanung, die verbindliche
264 Vorgaben für die räumliche Abdeckung mit stationären Versorgungsangeboten
265 unterschiedlicher Versorgungsstufen festlegt und durchsetzt. Der Bund soll dafür
266 bundesweite Grundsätze der Krankenhausplanung definieren können. Darauf
267 aufsetzend fordern wir ein **neues Finanzierungssystem für Kliniken**: Kliniken, die
268 einen Grundversorgungsauftrag in der Fläche erfüllen oder personalintensive
269 Medizin anbieten, wird mengenunabhängig finanziert. Die Leistungsabrechnung der
270 Krankenhäuser muss darüber hinaus deutlich einfacher werden.

271 Um unsere Kliniken zu digitalisieren und energetisch zu modernisieren, heben wir
272 die staatlichen Krankenhausinvestitionsmittel in den nächsten Jahren auf ein
273 auskömmliches Niveau und verteilen sie nicht mit der Gießkanne, sondern anhand
274 der verbindlichen Krankenhausplanung. Die Investitionskosten sollen Bund und
275 Länder gemeinsam tragen.

276 Mit verbindlichen Pflegebedarfsplanungen in den Kreisen und Gemeinden schaffen
277 wir flächendeckend ein ausreichendes Angebot an stationären Pflegeeinrichtungen
278 und ambulanten Pflegediensten. Die Planung der pflegerischen Versorgung muss in
279 eine kommunale Sozialraumplanung integriert sein. Pflegende Angehörige
280 unterstützen wir außerdem mit Beratungsangeboten in Pflegestützpunkten in allen
281 Landkreisen. Es braucht endlich eine solidarische und zukunftssichere
282 Pflegeversicherung, die ein verlässliches Angebot für alle schafft. Wir fordern
283 daher eine großangelegte Reform und eine **doppelte Pflegegarantie**: Zum einen soll

284 der Eigenanteil künftig festgeschrieben und gedeckelt werden – damit wird die
285 finanzielle Vorsorge für die selbst aufzubringenden Kosten verlässlich planbar.
286 Zum anderen soll die Pflegeversicherung in Zukunft alle darüber hinaus gehenden
287 Kosten für die bedarfsgerechte Versorgung übernehmen. Nur so erhalten alle
288 Pflegebedürftigen die notwendigen Pflegeleistungen und die Unterversorgung, die
289 insbesondere in der häuslichen Pflege vorkommen kann, hat ein Ende. Um den
290 Pflegeberuf in Bayern attraktiver zu machen, setzen wir uns für mehr Personal
291 durch einen bundesweit **einheitliches Personalbemessungsinstrument** ein. Bessere
292 Bezahlung erreichen wir durch einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag. Bayern
293 soll zukünftig nur noch mit jenen Pflegeeinrichtungen Verträge abschließen, die
294 Tariflöhne bezahlen. Pfleger*innen brauchen eine starke Lobby, die ihre
295 Interessen gegenüber Politik und anderen Akteur*innen vertritt. Deshalb kämpfen
296 wir GRÜNE weiter für eine **Pflegekammer in Bayern**.

297 **Zivilgesellschaft stärken**

298 Ein starkes Miteinander funktioniert nur, wenn alle dabei seien und mitmachen
299 können. Dazu weiten wir die schulische und außerschulische Demokratiebildung
300 aus. Die vielen zivilgesellschaftlichen Akteure stärken wir mit einem
301 **Landesprogramm zur Stärkung der Zivilgesellschaft**. Wir setzen uns zudem für ein
302 Demokratiefördergesetz auf Bundesebene ein. Auf allen Ebenen engagieren sich
303 Menschen ehrenamtlich für andere und für den guten Zweck. Wir wollen
304 Ehrenamtliche stärker anerkennen und unterstützen. Wir fordern ausreichend
305 Plätze für den Jugendfreiwilligendienst. Vereine, Initiativen und das Ehrenamt
306 leisten großartige Arbeit für unsere Demokratie: im Kampf gegen
307 Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus,
308 Muslimfeindlichkeit, Homo- und Transfeindlichkeit, Sexismus,
309 Behindertenfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener
310 Menschenfeindlichkeit. Mit einem **Fördertopf für Demokratie** wollen wir sie
311 besonders unterstützen. Zum Mitmachen und Mitbestimmen gehört für uns GRÜNE auch
312 die schrittweise Absenkung des Wahlalters in Bayern, im ersten Schritt auf 16
313 Jahre.

314 Auch in Bayern gibt es immer weniger öffentliche Orte, die von allen genutzt
315 werden können. Orte, an denen man nichts kaufen muss und sich treffen, ratschen
316 und erholen kann. Genau diese Orte braucht es als Begegnungsstätte. Hier treffen
317 sich Menschen jeder Herkunft und aus allen sozialen Milieus. Wir wollen
318 **öffentliche Treffpunkte in Ortszentren** erhalten und bayernweit in allen
319 Gemeinden schaffen. Unsere Maxime in der Ortsentwicklung bleibt: Innen- vor
320 Außenentwicklung. Kultur als Teil der Daseinsfürsorge stärkt sozialen
321 Zusammenhalt, sie eröffnet Ausblicke wie Einblicke, Diskursräume und neue
322 Perspektiven. Darum braucht es öffentliche Innen- und Außenräume, die alle neben
323 einer künstlerischen auch zu einer sozio-kulturellen Nutzung einladen. An Orten
324 des kulturellen Austauschs innerhalb der Kommunen kommen Menschen wieder
325 zusammen und stärken Beziehungen zwischen Nachbargemeinden. Wir sprechen uns für
326 **Bürger*innen-Beteiligung in allen Gemeinden und eine Pflicht zur**

327 **Jugendbeteiligung** aus, damit Bürger*innen selbst mitgestalten können. Wir stehen
328 für eine solide Finanzausstattung der Kommunen zur öffentlichen Daseinsvorsorge.

329 **Bayern wird gleichberechtigt, inklusiv und vielfältig**

330 Unser Leitbild ist das Grundgesetz. Die Achtung und Wahrung der Menschenwürde
331 und der persönlichen Freiheiten, gleiche Rechte für alle Menschen – das ist
332 unsere grüne DNA. Hass und Hetze setzen wir ein klares Nein entgegen. Der Schutz
333 vor Diskriminierung ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Wir wollen es allen
334 Menschen ermöglichen, sich frei zu entfalten. Dazu müssen wir Diskriminierungen
335 abbauen - mit einem **Landesaktionsplan gegen Rassismus und einem**
336 **Landesantidiskriminierungsgesetz**. Eine Antidiskriminierungsstelle des Freistaats
337 soll der zentrale Anlaufpunkt für alle Menschen werden, die von gruppenbezogener
338 Menschenfeindlichkeit betroffenen sind. Sie entlastet die Beratungsstellen, die
339 es in einigen größeren Kommunen bereits gibt, und schafft in vielen kleinen
340 Kommunen zum ersten Mal ein Beratungsangebot gegen Antisemitismus, LGBTIQ*-
341 Feindlichkeit und Rassismus. Wir Grüne gestalten Geflüchtetenpolitik in Bayern
342 endlich menschlich. Wir fordern ein sofortiges bayerisches Aufnahmeprogramm für
343 alleinlebende Frauen mit und ohne Kinder, für unbegleitete minderjährige
344 Flüchtlinge und für Menschen mit Behinderung, die derzeit in den
345 Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln leben.

346 Wir wollen in Bayern gleiche Chancen auch für Menschen mit Behinderung schaffen,
347 so wie es die von Deutschland unterschriebene UN-Behindertenrechtskonvention
348 fordert. Wir sorgen dafür, dass sie in allen Lebensphasen umfassend, zuverlässig
349 und unbürokratisch unabhängige Beratung, Assistenz und Hilfsmittel erhalten. Wir
350 fordern einen verbindlichen **Aktionsplan Inklusion**, dessen Umsetzung von einer
351 unabhängigen Anlauf- und Monitoringstelle kontrolliert wird und für dessen
352 Umsetzung Geld bereitgestellt wird.

353 Frauen müssen endlich die Hälfte von allem bekommen. Patriarchale
354 gesellschaftliche Strukturen hindern Frauen immer noch daran, aufzusteigen, ob
355 in Wirtschaft oder Politik. Hier müssen wir besser werden. Wir GRÜNE wollen
356 Frauen endlich den Platz einräumen, der ihnen zusteht: Daher fordern wir für
357 alle Parlamente ein **Paritätsgesetz**, das sicherstellt, dass Frauen mindestens die
358 Hälfte der Sitze erhalten. Gewalt gegen Frauen nahm besonders in der Corona-
359 Krise zu. Wir stärken den Schutz von Frauen vor Gewalt und schaffen endlich
360 **ausreichend Plätze in Frauenhäusern sowie ein ausreichendes Angebot in**
361 **Beratungsstellen** – telefonisch, digital und von Angesicht zu Angesicht. Wir
362 fordern sofort 150 zusätzliche Frauenhausplätze sowie mittelfristig eine
363 Erhöhung der Frauenhausplätze auf 1 Platz je 10000 Frauen zwischen 18 und 80
364 Jahren. Außerdem stärken wir die Datenerhebung und Forschung zu Gewalt gegen
365 Frauen und die schulische und außerschulische Prävention von Gewalt gegen
366 Frauen. Damit es in Bayern in Zukunft gerecht zugeht.